Helge Peukert

Rechtspopulismus. Warum? – Eine links-grüne Streitschrift mit einer Postwachstums-Alternative

Marburg/Lahn: Metropolis Verlag, 2025. 292 Seiten.

Zehn Jahre nach der folgenschweren Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 kamen die Ökonomen Christoph Trebesch, Manuel Funke und Moritz Schularick vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in einer Studie über den „Populismus als Erben der Finanzkrise“ zu dem Ergebnis, dass „Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien oft die größten Nutznießer von Finanzcrashs sind“ – und das nicht erst seit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929, sondern bereits seit rund 150 Jahren.[1] Krisenbedingte existenzielle Verunsicherungen erschüttern erfahrungsgemäß den gesellschaftlichen Zusammenhalt und führen offenbar zum archaischen Glauben, dass allein noch Familienbande und Volksgemeinschaften existenzielle Sicherheit bieten können. Die Ökonomin und Mitherausgeberin des „Surplus-Magazins“ Isabella Weber erhob deshalb kürzlich die Forderung nach einer „antifaschistischen und zugleich ökologischen Wirtschaftspolitik“.[2]

Einen Beitrag hierzu liefert der Ökonom Helge Peukert, der kurz nach dem Lehman-Desaster von 2008 eine der tiefgründigsten Analysen der „Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise“ vorgelegt hat und der danach zu den Mitbegründern des Masterstudiengangs „Plurale Ökonomik“ an der Universität Siegen gehörte. Mit seiner „links-grünen Streitschrift“ stellt sich Peukert – ohne dabei eine parteipolitische Bindung einzugehen oder bloß rot-grünen bzw. rot-gelb-grünen Regierungen nachzutrauern – ausdrücklich gegen das vom Rechtspopulismus geradezu obsessiv betriebene und inzwischen auch von weiten Teilen des bürgerlichen Lagers übernommene Bashing der sog. woken „links-grünen Meinungsmacht“ (Julia Ruhs[3]).

Angesichts der drohenden Erdüberhitzung hält Peukert einen konservativen und erst recht einen rechtspopulistischen Rollback in der Energiepolitik und in anderen Politikbereichen für eine verantwortungslose Verschwendung von Zeit, die die Menschheit eigentlich schon gar nicht mehr hat. „Rechtspopulismus gedeiht dank der Systemschwächen

---

[1] Christoph Trebesch & Manuel Funke & Moritz Schularick, 10 Jahre Lehman – Populismus als Erbe der Finanzkrise, auf der Website https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/kiel-focus/10-jahre-lehman-populismus-als-erbe-der-finanzkrise/ (Zugriff: 22.10.2025). Vgl. dazu auch Cornelia Schimek, Von Finanzkrisen profitieren vor allem rechte Parteien; auf der Website https://katapult-magazin.de/de/artikel/von-finanzkrisen-profitieren-vor-allem-rechte-parteien (17.8.2020. Zugriff: 22.10.2025

[2] Vgl. hierzu Steffen Lange & Felix Schaffer, Eine antifaschistische und zugleich ökologische Wirtschaftspolitik, in: Ökologisches Wirtschaften Nr. 2/2025, S. 22 – 24.

[3] Julia Ruhs, Links-grüne Meinungsmacht – die Spaltung unseres Landes, München 2025.

des Kapitalismus und der halbherzigen Regierungspolitik“, heißt es in einer von 12 zusammenfassenden Thesen, die Peukert seinem Buch vorangestellt hat. „Er stützt aber eben dieses Wirtschaftssystem. Rechte Populisten wühlen Menschen auf, prangern die Folgen des Systems an – aber nur, um Kapitalismus als Therapie noch radikaler durchzusetzen.“ Statt die Folgen der kapitalistisch überdrehten Globalisierung und Deregulierung der internationalen Finanzmärkte strukturell zu analysieren, werden ihre Ursachen von Rechtspopulisten auf Geflüchtete als Sündenböcke projiziert. Die soziale Ungleichheit nimmt zu, während Vermögen und Erbschaften „nur minimal besteuert werden … Verteilungskonflikte werden durch Schuldenaufnahme latent gehalten. Auch diese Entwicklungen kommen dem Rechtspopulismus zugute.“ Weil Reiche und Superreiche Steuerzahlungen vermeiden, hapert es trotz „erheblicher Sozialausgaben“ bei der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern. „Diese Logik lässt sozialmoralische Werte wie Solidarität und Rücksicht verkümmern. … Europa ist zur Digitalkolonie US-amerikanischer Megakonzerne geworden“ – mit höchst problematischen Folgen für die Meinungs- und Pressefreiheit. (S. 7 – 11)

Anstelle einer Konservierung der wachsenden, dabei die Natur zerstörenden und die Demokratie aushöhlenden „globalisierten Megamaschine“, u.a. durch Bankenrettungen und Wählertäuschungen, und des auf dem Nährboden des Kapitalismus gedeihenden „autoritären kapitalistischen Rechtspopulismus“ bedarf es nach Auffassung von Peukert einer „anderen Wirtschaftsordnung: Postwachstumsökonomie, die radikale Vision einer alternativen Zivilisation. … Ich folge einer undogmatisch linken, heterodox ökonomischen und ökosozialistischen Perspektive.“ (11,17,20)

Als erstes unterzieht Peukert das Programm, mit der die als Reaktion auf die damalige Finanz-, Staatsschulden- und Euro-Krise entstandene „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Bundestagswahlkampf 2025 gezogen ist, einer tiefgründigen Analyse. Ihr Ergebnis lautet, dass es außer einem „agitatorischen Eskalationsniveau in Parlamenten und außerhalb“ nichts von dem enthält, was für die Überwindung der multiplen Systemkrise wirklich notwendig wäre. „Die zu einem guten Teil berechtigte Kritik an der Regierungspolitik endet als zahnloser Papiertiger. Die Finanzgroßindustrie kann aufatmen und sich freuen, dass der Rechtspopulismus das Scheinwerferlicht auf ganz andere Phänomene und Bereiche lenkt“, vor allem auf die Migrationspolitik. (48,61) Dabei sind die falschen kapitalistischen Strukturen der Wachstumswirtschaft und die „Illusionen des Ökomodernismus“ die größte Gefahr für die ganze Menschheit. Während der „mehr oder minder hegemoniale ökomodernistische Komplex“ am Fortschrittsglauben festhält und meint, den Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie durch Investitionen in ‚grüne‘ Technologien auflösen zu können, klammert sich der den Klimawandel leugnende rechtspopulistische „Restaurationsblock“ (77) an den rückwärtsgewandten Glauben, krisenbedingte Wohlstandsverluste durch eine Rückkehr zu den alten fossilen Energien vermeiden zu können. So ist fernab vom strukturellen Kern der multiplen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft ein Kulturkampf zwischen Ökomodernismus und

Rechtspopulismus entstanden, der lediglich an der Oberfläche von Krisensymptomen geführt wird und einem an falschen Fronten geführten Scheingefecht gleicht. Zu ergänzen wäre an dieser Stelle noch, dass es beträchtliche soziale und ökologische Kosten verursacht, denn das Hin und Her zwischen den gleichermaßen staatlich subventionierten fossilen und regenerativen Energien führt jedes Mal zu „schöpferischen Zerstörungen“ (Joseph A. Schumpeter), von denen am Ende allein das rentable Anlagen suchende Kapital profitiert.

In drei Kapiteln legt Peukert ausführlich dar, wo er die eigentlichen „Risse im Fundament“ von Wirtschaft und Staat sowie in den Bereichen von Wissenschaften und Medien sieht. (95-150)

- Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft mit der gigantischen Einkommens- und Vermögenskonzentration bei Reichen und Superreichen, mit der Deklassierung der Mittelschichten und ihren Abstiegsängsten und mit der Unmöglichkeit des sozialen Aufstiegs aus den Unterschichten führt Peukert auch, aber nicht nur auf unzureichende Vermögens- und Erbschaftssteuern und auf Steuervermeidungen zurück. Höchst bemerkenswert ist, dass er auch das Grundübel der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaften zur Sprache bringt – nämlich die Existenz von leistungslosen Einkommen aus Bodenrenten, Kapitalerträgen und Patentprivilegien. „Man sollte daher Steuerlasten von Einkommen aus Arbeit auf leistungslose Einkommen verlagern.“ Peukert unterstützt in diesem Zusammenhang die auf Henry George zurückgehende und auch von Joseph Stiglitz erhobene Forderung von Dirk Löhr nach der Einführung einer Bodenwertsteuer und tritt libertären Ökonomen wie Murray Rothbard entgegen, die die natürlichen Lebensgrundlagen privatisieren wollten. (100-102)

- Neben der sozialen Ungleichheit und der Konzentration von wirtschaftlicher Macht sieht Peukert auch die damit einhergehende Konzentration von politischer Macht als Nährboden des Rechtspopulismus. Vor allem der Lobbyismus mit den Drehtüren zwischen Konzernen und Parlamenten, die Verlagerung politischer Entscheidungskompetenzen von einzelnen Hauptstädten zur EU nach Brüssel und die Ohnmacht gegenüber den Tech-Giganten schaffen beim ‚einfachen Volk‘ den Eindruck, dass ‚die da oben‘ sowieso machen, was sie wollen, und dass es ominöse Verschwörungen geben dürfte.

- Ähnlich wie die Institutionen von Rechtsstaaten sind auch die Medien und die Wissenschaften Einflüssen von wirtschaftlicher Macht ausgesetzt, die die Unabhängigkeit des Journalismus und die Freiheit der Wissenschaften auf nicht greifbare, subtile Weisen beschädigen. Neben „Sternstunden des investigativen Journalismus“ gibt es Peukert zufolge in der Presse und in den öffentlich-rechtlichen Medien auch „Grenzen des Diskursradius, vor allem im Bereich Wirtschaft, Finanzen, Geld- und Finanzmärkte“, die von der Otto-Brenner-Stiftung näher untersucht wurden. So spricht Peukert im Hinblick auf das Fernsehen von einer „Kritiklücke“ und im Hinblick auf die Zeitungen von einer

„öffentlichen Lückenpresse“. (135-137,140) Damit distanziert er sich einerseits von Einschränkungen der Meinungsfreiheit in den Qualitätsmedien durch subtilen Druck und Selbstzensur und andererseits von deren rechtspopulistischer Verunglimpfung als „Lügenpresse“ und auch von den sog. alternativen Medien wie „Nius“ und den sog. Sozialen Medien, die die Öffentlichkeit mit Fake News geradezu überschwemmen. Ähnlich differenziert blickt Peukert auf die „stark drittmittelgesteuerten Hochschulen, Denkfabriken und Expertenkommissionen“ und insbesondere auf die Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften, die gleichsam die Titanic in einem begrenzten Korridor manövrieren und sich dabei aber nicht um eine für das Überleben der Menschen an Bord erforderliche Kurskorrektur bemühen. So sind und bleiben mediale Informationen und wissenschaftliche Erkenntnisse mit Machtinteressen kontaminiert, was Zweifel an ihrer Wahrhaftigkeit weckt und „Nahrung für den Rechtspopulismus bietet“. (140-141)

Sehr aufschlussreich ist das Kapitel über die Psychologie von Verdrängungsprozessen, die Peukert keineswegs nur bei Rechtspopulisten und ihrer „aberwitzigen Leugnung der Erderwärmung“ am Werk sieht. Er betrachtet sie als eine „allgemeinmenschliche genetisch bedingte Prädisposition“ (151), die überall und nicht nur bei Rechtspopulisten, sondern auch bei Ökomodernisten sichtbar wird, wenn sie sich zum Beispiel trotz ihres Wissens um die Schädlichkeit des Fliegens ‚ausnahmsweise‘ doch die eine oder andere Flugreise erlauben und glauben, dies wie in einem modernen Ablasshandel durch das Fahren von E-Autos kompensieren zu können. Im Hinblick auf die Erderwärmung verweist Peukert auf das bekannte „Frosch-Phänomen“: „Setzt man einen Frosch in einen Topf mit heißem Wasser, springt er heraus. Setzt man ihn in Wasser, das man langsam erhitzt, bleibt er bis zu seinem Ende sitzen“ und vertraut auf ein „Arsenal von Ausreden“ (156-157), die ihn von einem rettenden Sprung aus dem Wasser abhalten.

Probleme bei der Migration stellt Peukert nicht in Abrede und äußert auch Verständnis für die „Aufgewühltheit in der Öffentlichkeit“, besonders wenn Ausländer Messerattacken begehen und mit Autos in Menschenmengen fahren. „Aber außer beim Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke (CDU) wallte der Volkszorn nur auf, wenn Ausländer die Täter waren. Auch das Töten von fünf Frauen pro Woche durch ihre (Ex-)Männer erfährt kaum Aufmerksamkeit.“ Alles in allem steht die Migrations- und Ausländerproblematik aus der Sicht von Peukert in einem von der Öffentlichkeit kaum mitdiskutierten größeren historischen Kontext des jahrhundertelangen Kolonialismus und der gegenwärtigen ungerechten und unfriedlichen Strukturen der Weltwirtschaft. (153) In dieser komplizierten Lage „stünde eine ziemlich gravierende Systemtransformation an“. Aber wie sie aussehen könnte, ist noch weitgehend unklar. Und schon das eigentlich unbedingt notwendige Nachdenken über eine solche Systemtransformation stößt sowohl in den Wissenschaften als auch in der Medienlandschaft auf massive Widerstände. So wendet sich Peukert zunächst der Frage zu: „Welche psychologischen Mechanismen kommen in solchen Stress- und Umbruchsituationen zum Tragen?“ (155)

Anregungen zur Beschäftigung mit dieser Frage fördert er unter anderen beim Individualpsychologen Alfred Adler zutage. Demnach führen Wirtschaftskrisen, Verlusterfahrungen und Abstiegsängste zu Verdrängungen, seelischen Regressionen und letztlich zu einem Handeln nach der archaischen Devise „Jeder ist sich selbst der Nächste“ bzw. „Jede Gruppe oder ‚Volksgemeinschaft‘ ist sich selbst die Nächste“. Mit dem archaischen Muster „Wir gegen die anderen“ gehen die „Akzeptanz von Hierarchien“, die Neigung, „strukturelle Zusammenhänge zu personalisieren“ und auf „böse Wölfe“ zu projizieren, sowie ein „Territorialbewusstsein“, ein Freund-Feind-Denken und eine „machiavellistische Intelligenz“ einher. (175,177,189)

Um diesen im Laufe der Menschheitsgeschichte geprägten Mustern noch tiefer auf den Grund gehen zu können, greift Peukert auf Erkenntnisse der Evolutionsbiologie und Evolutionspsychologie zurück, insbesondere auf Jonathan Haidts 2012 erschienene Studie „The righteous mind“. In ihr geht es um die Themenkreise „Fürsorge vs. Schaden“, „Fairness vs. Betrug“, „Loyalität vs. Verrat“, „Autorität vs. Submission“, „Heiligkeit vs. Erniedrigung“, „Freiheit vs. Unterdrückung“. (199-208) Da sich Menschen im Laufe ihrer Evolutions- und Kulturgeschichte „im Allgemeinen nur in kleinen Gemeinschaftsbezügen“ entwickelt haben, haben sie es heute schwer, sich in „politischen Großgruppen“ zurechtzufinden, besonders in Krisenzeiten. (209) Und rechtspopulistische Ideologien spielen offenbar geschickter auf der Klaviatur archaischer Denkmuster als linksliberale und linke Intellektuelle, die über große Gesellschaften statt Gemeinschaften nachdenken und dabei mit abstrakten Begriffen wie Gerechtigkeit und Solidarität statt mit kleinräumigen Vorstellungen von Familie und Heimat arbeiten. Wichtig ist der Hinweis von Peukert, dass „Tauschvorgänge über eher anonyme Märkte“ in den modernen Großgesellschaften einen „Interaktionsmodus“ darstellen, „den Haidt wie andere Autoren als nicht verankert im biologischen Modulerbe“ betrachten. „Wie schon Adam Smith zutreffend bemerkte: Menschen tauschen; bei Tieren gibt es keine Marktplätze und Warentausch.“ (217) Umso wichtiger sind menschliche Kulturleistungen in Form der Schaffung von Spielregeln für die Interaktionssphäre der Märkte, die von allen Menschen als fair empfunden werden und die für eine allseitige strukturelle Gerechtigkeit sorgen, damit die modernen Gesellschaften nicht nochmals durch ihre Beschädigung durch Privilegien und leistungslose Einkommen nach rechts in Barbareien abstürzen, die dann alle bislang erreichten Teilerfolge auf dem langen Weg zur Verwirklichung von Menschenrechten, Demokratie und Weltoffenheit wieder zunichtemachen.

Als Alternative zur Politik der derzeitigen CDU-/SPD-Regierung, die dem Rechtspopulismus nicht wirksam den Nährboden zu entziehen vermag, entfaltet Peukert im Schlusskapitel seines Buches die „sozialökologische Vision einer Postwachstumsökonomie“ bzw. „Suffizienz-Ökonomie“ (221,237). Sie soll die Gesellschaft aus ihrer Sackgasse des festgefahrenen Konflikts zwischen dem linksliberal-sozialdemokratisch-grün-linkem Ökomodernismus und dem Rechtspopulismus herausholen. Statt die Wachstumsschwäche der Wirtschaft zu beklagen, wie der Frosch im immer heißer werdenden

Wasserglas zu verharren und ständig neue, mit Schulden finanzierte Wachstumsimpulse zu kreieren, plädiert Peukert für einen grundlegenden Kurswechsel in die Richtung einer Postwachstumsökonomie. Im Großen und Ganzen gehen seine Überlegungen in eine richtige Richtung, aber im Detail gibt es auch noch viel Klärungsbedarf.

Irritierend ist vor allem, dass die bei den „Rissen im Fundament“ thematisierten leistungslosen Einkünfte aus Bodenrenten und ihre steuerliche Abschöpfung zwecks Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur (100) an dieser Stelle nicht wieder auftauchen. Obwohl Peukert im Kapitel über die Evolutionsbiologie und Evolutionspsychologie in Anknüpfung an die Studie „Die Evolution der Gewalt“ von Harald Meller & Kai Michel & Carel von Schaik ausdrücklich auch den Zusammenhang zwischen dem Territorialdenken und der Entstehung sowohl des Bodenprivateigentums als auch von kriegerischer Gewalt im Laufe der Neolithischen Revolution thematisiert (191), gibt er der Bodenproblematik in seinen Vorstellungen von einer Postwachstumsökonomie leider nicht den ihr gebührenden hohen Stellenwert. Dennoch sollten die Überwindung der mit dem privaten Bodeneigentum verbundenen, schon Jahrtausende alten, Gewalt und Kriege erzeugenden Privilegien und die Herstellung eines gleichen Zugangs für alle Menschen zum Boden und zum Wohnen zu den elementarsten Grundbausteinen einer Postwachstumsökonomie gehören.

Zur Rückgewinnung der wirtschaftlichen Souveränität des demokratischen Rechtsstaates schlägt Peukert einen ganz anderen Weg vor, nämlich ein „Schenkgeld der Notenbank, mit dem man den Staatshaushalt zu weiten Teilen durch Direktüberweisung finanzieren kann ... , ohne dass eine Rückzahlungspflicht vorgesehen ist, also weder Zinszahlungen noch Tilgung anfallen. ... So wird der Staat unabhängig von ökonomischen Finanzierungszwängen und Abhängigkeiten, die ihn oft als Marionette kosmopolitischer Eliten erscheinen lassen.“ Um Verschwendung, Vetternwirtschaft und Korruption zu vermeiden, soll das „Schenkgeld“ überwiegend auf der kommunalen Ebene eingesetzt werden, „wo über Bürgerhaushalte maximale Transparenz bei der Verwendung der Mittel herzustellen wäre.“ (234) Auch weil von keiner Mengenbegrenzung bei der Schöpfung dieses „Schenkgeldes“ die Rede ist, entsteht der Eindruck, als sollten Notenbanken die Abhängigkeit der Staaten von den Kapitalmärkten wie ein Deus ex machina wegzaubern.

Hinsichtlich der ökologisch gebotenen Eindämmung des weltweiten Ressourcenverbrauchs schlägt Peukert ein die weitgehend ergebnislosen Weltklimakonferenzen ablösendes „fossiles Weltkartell“ vor. Es soll dafür sorgen, dass die wichtigsten Förderländer „unter Wahrung ihrer Interessen mit Subventionen sowie fossilen Abnahme- und Preisgarantien“ veranlasst werden, „die ungefähr zwei Drittel bis dato noch gar nicht geförderten Mengen an Gas, Öl und Kohle im Boden“ zu lassen. Noch idealer wäre für Peukert die Übernahme der Kontrolle über die kritischen fossilen Rohstoffe durch die Vereinten Nationen. (238-239) Aber gehören nicht die gesamten globalen Ressourcen der ganzen Menschheit und sollte dieses Menschheitserbe nicht vollständig von den

Vereinten Nationen verwaltet werden? Und sollten nicht auch die an sie zu zahlenden Entgelte für die innerhalb von ökologischen Begrenzungen weiterhin mögliche Nutzung der Ressourcen in gleichen pro-Kopf-Beträgen an alle Erdenbürger*innen zurückverteilt werden? Dieser Gedanke kommt in Peukerts Überlegungen nicht vor.

Vielmehr denkt er an eine breite Palette von durchaus sinnvollen, aber manchmal auch fragwürdigen Einzelmaßnahmen wie an eine Modifikation des Europäischen Emissionshandels und „persönliche CO2-Kontingente“, an eine „Schließung der 2000 weltweit größten Kohlekraftwerke“ (240), an eine Begrenzung der formalen Erwerbsarbeit auf maximal 20 Stunden pro Woche, an höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern einschließlich von Vermögensobergrenzen und überhaupt an ein „anderes Steuersystem“ mit einer „25%igen Steuer auf Onlinekäufe“, an einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und an eine starke Einschränkung oder gar weitgehende Stilllegung von Kreuzfahrtschiffen und Billigfluglinien sowie von Leuchtreklamen und „nicht-essenziellen Maschinen“ wie Fahrstühlen, Rolltreppen oder Brotschneidemaschinen. Im Interesse einer ohne jeden Zweifel notwendigen Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks eines jeden einzelnen Menschen - ganz besonders von Reichen und Superreichen! - , die nicht zuletzt auch angesichts der zunehmenden Weltbevölkerung dringend geboten ist, soll schließlich mit einer „gewissen Gesamtrahmenplanung der Wirtschaft“ eine „sprechen wir es offen an, ausgeprägte Deindustrialisierung“ erreicht werden. (241-256)

Nicht zuletzt hält es Peukert auch zu Recht für notwendig, den „hypertrophen Geld- und Finanzbereich zu entschleunigen und zu schrumpfen“. Hilfreich wären dabei aus seiner Sicht zusätzlich zu dem bereits erwähnten Gesamtpaket von „Schenkgeld“ und den vielen Einzelmaßnahmen eine „Entflechtung der heutigen Megabanken“, eine höhere Eigenkapitalquote bei Banken, eine „Haltedauer von Wertpapieren (Aktien, Anliehen usw.) von z.B. einer Woche anstelle von heute oft Millisekunden“ und eine Finanztransaktionssteuer. „Schließlich geht es auch langfristig um ein Vollbankensystem, in dem nicht wie heute Privatbanken über Kreditvergabe Geld ‚schöpfen‘, sondern dies der Notenbank vorbehalten ist. Die Banken können aber weiterhin Kredite vergeben.“ (253)

Ebenso wie in der neoliberalen Orthodoxie gibt es offenbar auch in der Pluralen Ökonomik Meinungskorridore, in denen viele, aber nicht alle unorthodoxen Theorieansätze salonfähig sind. Draußen bleibt leider der über das Vollgeld hinausgehende Reformansatz der „rostenden Banknoten“ (Silvio Gesell) bzw. der „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (John Maynard Keynes). Nicht nur in der neoliberalen Standardökonomie, die das Geld für ein harmloses neutrales Medium hält, sondern auch in der Pluralen Ökonomik gilt das „Gesell-Geld“ (Willem Buiter) leider immer noch als ein „Schmuddelkind, mit dem man“, wie Franz-Josef Degenhardt sagen würde, „lieber nicht spielt“. Dabei wäre es notwendig, nicht nur mit dem Vollgeld die Art und Weise zu verändern, wie Geld in den Verkehr gelangt. Mindestens genauso notwendig wäre es, die innere Struktur des dann anders in den Verkehr gelangenden Geldes so zu verändern, dass aus dem herkömmlichen kapitalistischen, gerade nicht neutralen Geld ein wirklich neutrales

Geld wird, das keine soziale Ungleichheit und auch keinen Wachstumsdruck mehr erzeugen kann und das eine dezentrale Selbstorganisation von nicht mehr monopolistisch beherrschten Märkten ermöglicht.

Wie Peukert im Kapitel über die Evolutionsbiologie und Evolutionspsychologie mit Recht festgestellt hat, „gibt es bei Tieren keine Marktplätze und Warenaustausch“. (217) Anders als Tiere haben Menschen erst in einem späteren Stadium ihrer Entwicklung auch Formen des Tauschens und Leihens auf Märkten hervorgebracht. Deshalb haben sie zwar ein angeborenes Gespür für offensichtliche Betrügereien, Diebstähle, Überfälle und sonstige gewaltsame Handlungen, aber sie verfügen über kein evolutionäres Erbe, mit dem sie die gleichsam unterschwellig schleichenden strukturellen Ungerechtigkeiten erkennen könnten, die mit dem durch das nicht-neutrale Geld vermittelten nicht-reziproken Tauschen und Leihen auf monopolkapitalistisch pervertierten Märkten einhergehen. Dazu bedarf es als Kulturleistungen eines abstrakt-analytischen Denkens und der Schaffung eines strukturell gerechten Geldes. Das Vollgeld reicht jedenfalls nicht aus, um „die Grundlogik des vorherrschenden wachstumsgetriebenen, kapitalistischen Wirtschaftssystems“ (257) so zu verändern, dass – bildlich gesprochen – der Frosch eine Chance bekommt, in einem sich nicht noch weiter erhitzenden und sich mittelfristig sogar wieder etwas abkühlenden Wasser weiterzuleben statt eines Tages in kochend heißem Wasser zu verbrühen.

Das Schlusskapitel von Peukerts Buch erfüllt leider nicht die durch die vorherigen Kapitel geweckten Erwartungen. Seine Verbindung zwischen dem von ihm sehr zu recht hoch geschätzten frühen Ordoliberalismus (274-277) und dem Ökosozialismus wirkt letztlich nicht stimmig. Wenn eine Postwachstumsökonomie wirklich einen Damm gegen die steigenden Wogen des Rechtspopulismus errichten will – und das sollte sie unbedingt anstreben – , dann muss sie Ernst machen mit einer ‚nachhaltigen‘ Beseitigung aller leistungslosen Einkommen durch Reformen des Boden- und Ressourcenrechts, des Geldwesens, der Unternehmensverfassung, des Marken- und Patentrechts sowie des Steuerrechts. Bei alledem könnte sich eine das Vollgeld ergänzende Geldreform im Sinne von Gesell und Keynes als derjenige missing link erweisen, der aus dem ORDO-Gedanken und mehreren der zur Debatte stehenden Einzelmaßnahmen ein in sich konsistentes Gesamtprogramm zusammenfügt. Zusammen mit bewussten Entscheidungen für suffiziente Lebensstile könnte es dafür sorgen, dass vieles, was Ökosozialisten mit Ge- und Verboten sowie einer Gesamtplanung erreichen wollen, sich innerhalb einer gerechten Gesamtordnung auf dezentrale Weise von selbst einstellt.

Werner Onken, Dipl.-Ökonom

E-Mail: werner-onken@posteo.com